#### Landtag Nordrhein-Westfalen

# Ausschussprotokoll APr 17/45

28.09.2017

### 17. Wahlperiode

#### **Innenausschuss**

#### 3. Sitzung (öffentlich)

28. September 2017Düsseldorf – Haus des Landtags13:30 Uhr bis 15:40 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Stefan Welter

#### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

#### **Zur Tagesordnung**

5

6

Der Ausschuss kommt über ein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 6 "Gesetz über das Verbot der Gesichtsverschleierung in öffentlichen Gebäuden in Nordrhein-Westfalen (Verschleierungsverbotsgesetz Nordrhein-Westfalen – VerschleierungsVerbG NRW)" Drucksache 17/522, heute nicht aufzurufen.

## 1. Die innenpolitischen Schwerpunkte der Landesregierung in der 17. Wahlperiode

Bericht des Ministers des Innern

Innenausschuss
3. Sitzung (öffentlich)

28.09.2017

wr

2. Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Nachtragshaushaltsgesetz 2017)

14

20

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/538

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/538 anzunehmen.

3. Vorsicht bei der Nutzung von Mautdaten für die Strafverfolgung – keine pauschale Kriminalisierung von Verkehrsteilnehmern

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/79

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/79 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

4. Beirat gemäß § 9 Absatz 2 der Richtlinien der Landesregierung für Härtefonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung von Opfern des Nationalsozialismus aus Billigkeitsgründen (Härterichtlinien NRW)

21

Der Ausschuss stimmt der Entsendung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zu.

5. Fünftes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen 22

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/491

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen

Innenausschuss
3. Sitzung (öffentlich)

28.09.2017

wr

von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/491 anzunehmen.

6. Präventionsmaßnahmen gegen Neosalafismus in Nordrhein-Westfalen nachhaltig verankern und ausbauen

25

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/472

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung durchzuführen und die Details in einer Obleuterunde zu klären.

7. Bund muss Sicherheit an Bahnhöfen gewährleisten

26

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/510

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung durchzuführen und die Details in einer Obleuterunde zu klären.

8. Fairen Wahlkampf ermöglichen – Erfassungsstelle für Angriffe auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in NRW (EAMV) einrichten

27

Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/519

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 17/519 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

9. Fake-News von offizieller Seite? Wie entwickelten sich die Zahlen der Planstellen bei der Polizei Nordrhein-Westfalen in den vergangenen zehn Jahren tatsächlich? (siehe Anlage zu TOP 9)

28

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/135 Innenausschuss 28.09.2017 3. Sitzung (öffentlich) wr 10. Sicherheitslage an den Flughäfen in NRW – Welcher Erkenntnisstand liegt der Landesregierung im Hinblick auf die in jüngster Zeit erfolgten Berichte über Mängel bei den Sicherheitskontrollen vor? (siehe Anlage 1 zu TOP 10) 29 in Verbindung mit Situation des Sicherheitspersonals an Flughäfen in Nordrhein-Westfalen (siehe Anlage 2 zu TOP 10) Bericht der Landesregierung Vorlage 17/136 11. Nicht vollstreckte Haftbefehle in Nordrhein-Westfalen (siehe Anlage zu TOP 11) 36 Bericht der Landesregierung Vorlage 17/137 12. Wurden Journalist/inn/en aufgrund von Daten, die von nordrheinwestfälischen Polizeibehörden in das Verbundsystem Bundeskriminalamts eingespeist wurden, ihre Akkreditierung bei dem G20-Gipfel in Hamburg entzogen? (siehe Anlage zu TOP 12) 37 Bericht der Landesregierung Vorlage 17/141 **13.** Entwaffnung von Reichsbürgern (siehe Anlage zu TOP 13) 39 Bericht der Landesregierung Vorlage 17/142 14. Ausschusstermine 40

\* \* \*